Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ratsbetreuender Fachbereich: 1 - Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum: 26.09.2000
	Schriftführer: Herr Kredelbach Telefon-Nr.: 02202/14-2237
Niederschrift	
Rat	Sitzung am 14.09.2000
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:06 Uhr – 18:53 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 18:30 Uhr – 18:35 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnungspunkt	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlußfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 27.06.2000
- öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus den Sitzungen des Rates vom 27.06.2000 und 17.08.2000
- öffentlicher Teil -
480/2000**

4. **Mitteilungen der Bürgermeisterin**

5. **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 GO NW;
hier: Besetzung der Einigungsstelle nach § 67 Landespersonalvertretungsgesetz
546/2000**

6. **Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten;
Umbesetzung in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes
Rechtsrheinischer Kölner Randkanal
534/2000**

7. **Mitgliedschaften;
Entsendung einer Vertreterin/eines Vertreters der Stadt Bergisch Gladbach in
den Aufsichtsrat der BELKAW
552/2000**

8. **Besetzung des BELKAW -Beirates durch die Bädergesellschaft der Stadt
Bergisch Gladbach
554/2000**

9. **Altersteilzeit für Beamte
541/2000**

10. **Einwohnerfragestunde
438/2000**

11. **Verwendung der pauschalierten Zuweisung zur Förderung kommunaler
Projekte der Entwicklungszusammenarbeit
402/2000**

12. **Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen 2000
444/2000**

13. **Bebauungsplan Nr. 1441 - Gartencenter Nußbaumer Straße -
- Beschluss zur Verlängerung der Veränderungssperre
454/2000**

14. **Änderung Nr. 125/2481 - Friedhofserweiterung Gronau - des
Flächennutzungsplanes**

- Beschlüsse zu Anregungen
- Beschluss der Änderung
460/2000

15. Bebauungsplan Nr. 3262 - Malteser Komturei
- Beschluss zur Verlängerung der Veränderungssperre
461/2000

16. Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 des
Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) für die
Abrechnung des Teilstückes der Hauptstraße zwischen Poststraße und der
Straße An der Gohrmühle
441/2000

17. Gründung der "Entsorgung Bergisch Gladbach GmbH"
498/2000

18. Anfragen der Ratsmitglieder

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlußfähigkeit

Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Rat ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Sie benennt folgende, für die heutige Sitzung relevanten Sitzungsunterlagen:

1. Die Einladung vom 01.09.2000
2. Das Schreiben vom 06.09.2000 mit seiner Anlage.

Sie teilt mit, daß die Niederschrift über die Sondersitzung des Rates vom 17.08.2000 noch nicht vorliege. Aufgrund dessen könne unter den Punkten 2 des öffentlichen und 1 des nichtöffentlichen Teiles über diese Niederschrift noch nicht befunden werden.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 27.06.2000 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus den Sitzungen des Rates vom 27.06.2000 und 17.08.2000 - öffentlicher Teil -

Bürgermeisterin Opladen ergänzt den Bericht zur Sitzung vom 27.06.2000 hinsichtlich Punkt 37 dahingehend, daß inzwischen auch die Anfrage von Frau Schmidt-Bolzmann zur Ausschreibung einer Sekretärin Stelle beantwortet wurde.

Im übrigen nimmt der Rat die beiden Berichte zur Kenntnis.

4. Mitteilungen der Bürgermeisterin

- a) Gewerbegebiet Spitze

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß sie in der Angelegenheit am 07.09.2000 sowohl mit dem Leiter der Staatskanzlei als auch mit dem Leiter der

Landesplanungsbehörde gesprochen habe. Ihr sei mitgeteilt worden, der Gebietsentwicklungsplan liege zur Genehmigung vor. Die Genehmigung werde in Kürze erteilt, allerdings unter Ausklammern des Gewerbegebietes Kürten/Spitze. Es werde somit entgegen der Presseberichterstattung keine Genehmigung für den Teilbereich Kürten geben. Die Stadt werde hinsichtlich der Erschließung des Gewerbegebietes nochmals um Stellungnahme gebeten. Gegebenenfalls werde eine Genehmigung anschließend unter der Auflage erteilt, dort nur Gewerbe anzusiedeln, welches keinen Schwerlastverkehr in nennenswertem Umfang erzeuge. Die Staatskanzlei sehe die Notwendigkeit weiterer Gewerbeflächen für Bergisch Gladbach und Kürten im Gegensatz zum Umweltministerium durchaus. Regierungspräsident Roters unterstützte das Anliegen der Stadt. Zudem habe die Industrie- und Handelskammer ein Schreiben an Ministerpräsident Clement gerichtet.

Auf Nachfrage von Herrn Freese bestätigt Bürgermeisterin Opladen, daß Genehmigungsgrundlage für das Gewerbegebiet eine Größenordnung von etwa 42 Hektar sei.

Frau Ryborsch weist darauf hin, daß das Gewerbegebiet hinsichtlich seiner Anbindung nicht der integrierten Verkehrsplanung entspreche. Diese habe sich die rot- grüne Koalition in Düsseldorf jedoch auf die Fahnen geschrieben. Insoweit müßten auch gegenüber der Staatskanzlei gute Gründe gefunden werden, um das Gewerbegebiet genehmigungsfähig zu machen.

Bürgermeisterin Opladen ergänzt, daß es im Bereich des Technologieparkes inzwischen Firmen gäbe, die ihre Geschäftsräume gerne zu Eigentum erwerben wollten. Zwei dieser Firmen seien daher jüngst nach Kürten gegangen. Es sei bedauerlich, daß die Stadt in solchen Fällen mangels Gewerbeflächen kein lukratives Angebot unterbreiten könne.

Herr Ziffus weist auf die Mißnutzung bestehender Gewerbegebiete durch Betriebe des tertiären Sektors hin. Dies sei auch in der Zentrenstudie von Prof. Janssen massiv kritisiert worden. Durch die Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsbetriebe seien in der jüngsten Vergangenheit große Teile von Gewerbegebieten vernichtet worden. Er geht davon aus, daß der durch das neue Gewerbegebiet entstehende Verkehr von den Durchgangsstraßen in Herkenrath nicht aufgenommen werden könne. Entsprechend sei eine teure Umgehungsstraße notwendig. Gerade im Technologiepark hätte ein Nichtzulassen des Knauber-Marktes mehr Gewerbefläche bewirkt. Durch diesen seien jedoch etwa 4 Hektar Fläche verloren gegangen.

Frau Schmidt-Bolzmann weist darauf hin, daß die Planungen für ein Gewerbegebiet im Bereich Kürten/Spitze bereits seit 1926 existierten. Aus heutiger Sicht sei dieser Bereich für die Ansiedlung von wenig immitierenden Gewerbebetrieben mit geringer Frachtfrequenz richtig.

b) Besuch eines ehemaligen Zwangsarbeiters in Bergisch Gladbach

Bürgermeisterin Opladen informiert über den Besuch eines ehemaligen Zwangsarbeiters aus Minsk/Weißrußland in Bergisch Gladbach. Sie kündigt an, für die Zukunft Regelungen für die Durchführung weiterer Besuche dieser Art zu treffen. Geschehen werde dies unter Kontaktaufnahme mit anderen Städten. Es gebe inzwischen regelmäßige Kontakte zwischen dem städtischen Archiv und dem NS- Dokumentationszentrum in Köln. Die Gedenktafel für die Zwangsarbeiter werde seitlich des Haupteinganges des Rathauses Gladbach angebracht. Die Tafel werde ähnlich aussehen wie diejenige an der Mauer des ehemaligen Stella-Werkes. Der Text werde durch Herrn Dr. Eßer vom städtischen Archiv verfaßt.

Frau Ryborsch möchte wissen, ob die Stadt beabsichtige, künftig ehemalige Zwangsarbeiter zu bestimmten Terminen im Jahr einzuladen. Weiterhin fragt sie an, ob inzwischen die Bergisch Gladbacher Firmen ihren Beitrag zum Entschädigungsfonds geleistet hätten.

Auf Nachfrage von Herrn Hoffstadt bestätigt Bürgermeisterin Opladen, daß der öffentliche Fonds durch die Zahlung des Bundesfinanzministeriums aufgefüllt wurde. Eine rechtliche Notwendigkeit für einen finanziellen Beitrag der Stadt bestehe somit nicht mehr. Gleichwohl sei es der Politik unbenommen, auf dem Antragswege die Leistung eines freiwilligen städtischen Beitrages zu initiieren.

Herr Müller regt an, diese Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Ältestenrates zu diskutieren.

Bürgermeisterin Opladen wünscht zunächst eine Beendigung der Recherche durch das städtische Archiv. Die Stadt könne Entschädigungsleistungen nur an solche Personen zahlen, die bei den Kommunalverwaltungen der früheren Städte Bensberg und Bergisch Gladbach als Zwangsarbeiter rekrutiert waren. Konkrete Einladungen an weitere ehemalige Zwangsarbeiter würden dann ausgesprochen, wenn die Arbeit des Archivs beendet sei. Wesentlich sei für den Besucher gewesen, daß das Archiv ihm eine Bescheinigung über die geleistete Zwangsarbeit habe ausstellen können. Diese benötige er, um Entschädigungsleistungen zu beantragen und zu erhalten.

c) Förderaktivitäten der Kreissparkasse Köln im Jahre 1999

Bürgermeisterin Opladen weist auf ein Anschreiben der Kreissparkasse Köln mit Anlage vom 04. Juli 2000 hin, in dem die Förderaktivitäten dieser Bank für das Jahr 1999 im Stadtgebiet benannt würden. Sie sichert zu, dieses der Niederschrift als Anlage beizufügen.

5. **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 GO NW;**
hier: Besetzung der Einigungsstelle nach § 67 Landespersonalvertretungsgesetz

Herr Blask möchte wissen, weshalb die Angelegenheit über eine Dringlichkeitentscheidung geregelt werden müsse.

Fachbereichsleiter Kreilkamp antwortet, daß sich dies aufgrund der Neuwahl des Personalrates, dem Einholen der Einverständniserklärungen der Verwaltungsrichter sowie der Ferienzeit ergeben habe. Die notwendigen Vorarbeiten hätten nicht so rechtzeitig abgeschlossen werden können, daß die Angelegenheit in der letzten Sitzung des Rates am 27.06.2000 behandelt werden konnte.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß**:

Die als Anlage beigefügte Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen wird gem. § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NW genehmigt.

6. **Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten;
Umbesetzung in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes
Rechtsrheinischer Kölner Randkanal**

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

Herr Stephan Schmickler wird in seiner Funktion als Technischer Beigeordneter die Mitgliedschaftsrechte der Stadt Bergisch Gladbach in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Rechtsrheinischer Kölner Randkanal anstelle von Herrn Michael Kotulla wahrnehmen.

7. **Mitgliedschaften;
Entsendung einer Vertreterin/eines Vertreters der Stadt Bergisch Gladbach in
den Aufsichtsrat der BELKAW**

Herr Müller schlägt vor, Bürgermeisterin Opladen zu entsenden.

Herr Freese stimmt diesem Vorschlag zu.

Er kritisiert die Art und Weise, wie im nichtöffentlichen Teil der Sondersitzung des Rates am 17.08.2000 die Diskussion zum Verkauf der städtischen Anteile an der BELKAW GmbH beendet wurde. Ein Verkauf der städtischen Anteile in der Größenordnung wie hier vorliegend hätte es geboten, die Angelegenheit zu Ende zu diskutieren und keinen Abschluß durch einen Geschäftsordnungsantrag herbeizuführen. Auch in Anbetracht der absoluten CDU- Mehrheit im Rat sei dies ein schlechter Stil. Zudem sei die Verknüpfung dieser Entscheidung mit der Verleihung einer Ehrenbürgerschaft unglücklich gewesen.

Frau Ryborsch stimmt der Entsendung von Bürgermeisterin Opladen ebenfalls zu.

Herr Müller merkt an, daß die Beendigung der Debatte über einen Geschäftsordnungsantrag im Zusammenhang mit der Bedeutung des nachfolgenden Tagesordnungspunktes gestanden habe. Der Rat habe insgesamt mehr als 1½ Stunden über die Veräußerung diskutiert, wobei allerdings ein Hauptteil der Zeit auf die Klärung einer Detailfrage entfiel. Eine derart lange Diskussion sei unnötig gewesen, da hinsichtlich der Detailfrage bereits im Vorfeld Untersuchungen angestellt wurden.

Zudem habe die SPD-Fraktion über ihren Vertreter im Aufsichtsrat im vorhinein alle notwendigen Informationen gehabt. Insoweit sei der Geschäftsordnungsantrag gerechtfertigt gewesen.

Herr Blask betont, daß die eigentliche Diskussion lediglich eine halbe Stunde der Zeit ausgemacht habe. Eine Stunde lang seien zu den Verwaltungsvorlagen Statements vorgelesen worden. Im übrigen stimme auch er der Entsendung von Frau Bürgermeisterin Opladen zu.

Nach Auffassung von Herrn Dr. Miede ist der Umgang der Fraktionen untereinander zu überdenken. Es sei eine Frage des guten Stils, auch politische Minderheiten die diesen als wesentlich erscheinenden Argumente vortragen zu lassen.

Bürgermeisterin Opladen betont, daß sie an der Entscheidung über die Art und Weise, wie der Erlös aus dem Verkauf der städtischen Anteile angelegt werde, alle Fraktionen teilhaben lasse.

Sodann faßt der Rat einstimmig bei Stimmenthaltung von Frau Bürgermeisterin Opladen folgenden **Beschluß**:

1. **Gemäß §1 Abs.2 der Zuständigkeitsordnung wird auf eine Beratung im Fachausschuß verzichtet.**
2. **Als Vertreterin der Stadt Bergisch Gladbach wird Bürgermeisterin Maria Theresia Opladen in den Aufsichtsrat der BELKAW GmbH entsandt.**

8. **Besetzung des BELKAW -Beirates durch die Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach**

Herr Müller schlägt vor, folgende Personen durch den Aufsichtsrat der Bädergesellschaft in den Beirat der BELKAW GmbH entsenden zu lassen:

Herrn Krämer, Herrn Müller, Frau Schmidt-Bolzmann und einen Vertreter der SPD-Fraktion.

Herr Blask schlägt vor, daß die CDU-Fraktion in diesem Falle nicht entsprechend ihrer Stärke agiere, sondern lediglich einen Vertreter vorschlage und drei der übrigen vier Fraktionen ein Vorschlagsrecht belasse. Dies gewährleiste einen unmittelbaren Informationsfluß aus den Diskussionen des Beirates zu den darin vertretenen Fraktionen. Im übrigen stehe dem Beirat ohnehin keine direkte Entscheidungskompetenz zu.

Auch Frau Ryborsch weist darauf hin, daß der Beirat keinerlei Entscheidungskompetenzen oder Mitwirkungsrechte habe. Eine Besetzung sei somit vollkommen sinnlos. Es handele sich lediglich um Zeit- und Geldverschwendung, weshalb die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Besetzung ablehne.

Herr Freese bewertet den Vorschlag von Herrn Blask positiv. Er stellt fest, daß die Auswahl der Vertreter nicht nach den Kriterien von d' Hondt erfolge. Für ihn stelle

sich die Frage, ob die Bädergesellschaft auch künftig nur deshalb zuständig sei, weil sie den Erlös aus dem Verkauf der städtischen Anteile an der BELKAW GmbH verwalte. Da die SPD-Fraktion aber ohnehin lediglich einen Vertreter benennen könne, schlage er hierfür Herrn Orth vor.

Herr Müller führt aus, daß im Beirat alle bisherigen Aufsichtsratsmitglieder vertreten seien. Allein diese Besetzung garantiere ein Gremium von Bedeutung. Da die CDU-Fraktion die absolute Mehrheit habe, könne niemand erwarten, daß sie einer Benennung unterhalb ihrer Stärke zustimme.

Für Herrn Ziffus ist die Frage von Interesse, in welcher Höhe die künftigen Aktivitäten der Beiratsmitglieder vergütet werden.

Herr Blask ist nicht der Auffassung, daß es sich um ein unwichtiges Gremium handle. Der dort erfolgende Informationsfluß sei von außerordentlicher Wichtigkeit. Er bittet um Auskunft, ob der hier angedachte Benennungsmodus in Einklang mit geltenden Recht steht.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß d' Hondt nicht anzuwenden sei, da die Bädergesellschaft entsende. Der Rat spreche lediglich eine Empfehlung aus. Im übrigen handle es sich um eine reine Mehrheitsentscheidung.

Dies wird durch Herrn Müller bestätigt. Hinsichtlich der Vergütung der Mitglieder der Gremien der BELKAW GmbH gebe jedes Jahr der Geschäftsbericht Auskunft.

Auf Nachfrage von Frau Ryborsch stellt Bürgermeisterin Opladen klar, daß die zu entsendenden Vertreter nicht automatisch Mitglieder des Aufsichtsrates sein müssen. Aufgrund dessen sei eine Benennung von Frau Schmidt-Bolzmann korrekt.

Herr Blask hält an seinem Vorschlag fest. Aufgrund der Haltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN könne nunmehr jede der verbleibenden Fraktionen einen Vertreter entsenden.

Sodann faßt der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und KIDinitiative bei einigen Stimmenthaltungen aus den Reihen der CDU und der SPD folgenden **Beschluß:**

- 1. Gemäß § 1 Abs. 2 der Zuständigkeitsordnung wird auf eine Beratung im Fachausschuß verzichtet.**
- 2. Dem Aufsichtsrat der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH wird empfohlen, folgende Personen als Vertreterinnen bzw. Vertreter im Beirat der BELKAW GmbH zu benennen:**

Herrn Konrad Krämer, Herrn Peter Müller, Frau Renate Schmidt-Bolzmann, Herrn Klaus Orth.

Bürgermeisterin Opladen ergänzt, daß sie derzeit die Gesellschafterverträge der beiden stadteigenen Gesellschaften hinsichtlich der Zusammensetzung der Gesellschafterversammlungen überprüfen lasse. Sie teile nicht die Auffassung, daß in diese lediglich eine Person zu entsenden sei. Die Gemeindeordnung habe den

Gesellschafterversammlungen einen höheren Stellenwert als bisher zuerkannt. Dem sei Rechnung zu tragen.

9. Altersteilzeit für Beamte

Herr Müller begrüßt den Beschlußvorschlag. Er bedauert, daß die Angelegenheit entsprechend der derzeitigen Haushaltslage kostenneutral gehandhabt werden müsse. Er hofft, daß hier künftig eine Verbesserung erfolgen könne, um vor allen jungen Menschen in der Verwaltung verbesserte Aufstiegschancen zu ermöglichen.

Herr Freese führt aus, daß durch die vorgesehene Regelung auch Beamten das ermöglicht werde, was Angestellten und Arbeitern bereits seit längeren möglich sei. Er bedauert, daß die vorgesehene Regelung nur über Restriktionen im Stellenbereich realisiert werden könne. Gerade dies dürfe nicht zu einer Einschränkung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung führen. Er bittet darum, die hier vorgesehenen Entscheidungen mit der Politik abzustimmen.

Bürgermeisterin Opladen sichert zu, über Annahme und Auswirkungen der Regelung zu berichten. Derzeit sei nicht absehbar, wie viele der 49 Betroffenen tatsächlich von der Möglichkeit der Altersteilzeit Gebrauch machen werden.

Auch Herr Blask und Frau Ryborsch stimmen der Vorlage zu. Frau Ryborsch hofft, daß die Auswirkungen auf die Stellenanzahl nicht so gravierend sind.

Herr Dr. Fischer wünscht, daß die Angelegenheit kostenneutral durchgeführt wird. Etwas anderes sei angesichts der Haushaltslage nicht möglich.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß:**

Die Altersteilzeit für Beamte wird entsprechend dem in der Vorlage der Verwaltung enthaltenen Vorschlag eingeführt.

10. Einwohnerfragestunde

Bürgermeisterin Opladen verweist auf die schriftlich vorliegende Einwohneranfrage von Herrn Klaus Hoffmann vom 29.08.2000 zu Kanalreinigungen und zur Beschädigung eines Gehweges im Bereich Kippekausen .

Danach trägt Herr Hoffmann den Inhalt dieses Schreibens vor. Dasselbe ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Bürgermeisterin Opladen nimmt zu der Einwohneranfrage Stellung. Auch die Stellungnahme ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

11. Verwendung der pauschalierten Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

1.
Der Stadtverband für Entwicklungszusammenarbeit erhält zur Förderung von eigenen Maßnahmen und Maßnahmen seiner Mitglieder einen Zuschuss von 38.000 DM aus Mitteln der pauschalierten Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 4 GFG 2000.

2.
Dem EINE-WELT-Kreis Schildgen der evangelischen Andreaskirche und der katholischen Herz-Jesu-Gemeinde wird für die Öffentlichkeitsarbeit ein Zuschuss von 1.500,-- DM aus Mitteln der pauschalierten Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 4 GFG 2000 zuerkannt.

Die Zuschüsse zu Ziffer 1 und 2 sind außerplanmäßig zur Verfügung zu stellen.

3.
Der Betrag der Landeszuweisung in Höhe von 13.860,50 DM ist unter Hinweis auf den Ratsbeschluß vom 23.06.1998 für Veranstaltungen und Sachmittel zur Durchführung des Agenda-Prozesses entsprechend den Förderungsrichtlinien des Landes NW einzusetzen.

12. **Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen 2000**

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

1. Die Zustimmung zur Leistung und Deckung der außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 2000 in Höhe von 39.500,00 DM wird gemäß § 82 Abs. 1 GO NW erteilt.

2. Die Zustimmung zur Leistung und Deckung der außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2000 in Höhe von 250.000,00 DM wird gemäß § 84 Abs. 1 GO NW erteilt.

3. Die vom Stadtkämmerer für das Haushaltsjahr 2000 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von insgesamt 169.461,56 DM werden gemäß § 82 Abs. 1 GO NW zur Kenntnis genommen.

13. **Bebauungsplan Nr. 1441 - Gartencenter Nußbaumer Straße -
- Beschluss zur Verlängerung der Veränderungssperre**

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

Die am 20.01.2000 rechtsverbindlich gewordene Satzung über eine Veränderungssperre für den Bereich des zur Aufstellung beschlossenen Bebauungsplans Nr. 1441 - Gartencenter Nußbaumer Straße - wird gemäß § 17 Abs. 1 BauGB um ein Jahr verlängert.

Die beigefügte Satzung über die Veränderungssperre ist Bestandteil dieses Beschlusses.

14. **Änderung Nr. 125/2481 - Friedhofserweiterung Gronau - des Flächennutzungsplanes**
- Beschlüsse zu Anregungen
- Beschluss der Änderung

Der Rat faßt in getrennten Abstimmungen jeweils einstimmig folgende **Beschlüsse**:

I. Die Anregungen des Landrates des Rheinisch-Bergischen Kreises werden zurückgewiesen, weil sie im Rahmen der FNP-Änderung nicht berücksichtigt werden können.

II. Gemäß § 2 des Baugesetzbuches wird die Änderung 128/2481 – Friedhofserweiterung Gronau – des Flächennutzungsplanes beschlossen. Der Änderung ist ein Erläuterungsbericht beigefügt (§ 5 Abs.5 BauGB).

15. **Bebauungsplan Nr. 3262 - Malteser Komturei**
- Beschluss zur Verlängerung der Veränderungssperre

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

Die am 07.09.1999 rechtsverbindlich gewordene Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich des zur Aufstellung beschlossenen Bebauungsplanes Nr. 3262 - Malteser Komturei – wird gemäß § 17 Abs. 1 BauGB um ein Jahr verlängert.

Die beigefügte Satzung über die Veränderungssperre ist Bestandteil dieses Beschlusses.

16. **Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) für die Abrechnung des Teilstückes der Hauptstraße zwischen Poststraße und der Straße An der Gohrsmühle**

Herr Ziffus weist auf die Bitte der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Fachausschuß hin zu überprüfen, inwieweit der Teil des Aufwandes, der durch die Beitragspflichtigen zu tragen sei, von 50 % auf 60 % aufgestockt werden könne. Man

habe bisher keine Antwort erhalten.

Herr Krämer antwortet, daß der Fachausschuß eine solche Anhebung bereits durch einen Beschluß abgelehnt habe.

Herr Schmickler ergänzt, daß die Verwaltung diese Fragestellung dennoch überprüft habe mit dem Ergebnis, daß eine Anhebung nicht geboten sei. Er ergänzt, daß die sogenannte Kompensationsrechtsprechung im Klagefalle unter der Voraussetzung eines 60 % Anteiles der Beitragspflichtigen zum Tragen komme, da durch die Neugestaltung der Hauptstraße Stellplätze entfallen seien und somit der besondere, eine Beitragspflicht auslösende, wirtschaftliche Vorteil teilweise aufgehoben werde.

Sodann faßt der Rat mehrheitlich gegen der Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN folgenden **Beschluß**:

In Form des beigefügten Satzungstextes wird die Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für die Abrechnung des Teilstückes der Hauptstraße zwischen Poststraße und der Straße An der Gohrsmühle erlassen.

17. **Gründung der "Entsorgung Bergisch Gladbach GmbH"**

Herr Waldschmidt begründet die Stimmenthaltung der SPD- Fraktion. Selbstverständlich müsse der Abfallwirtschaftsbetrieb auch nach dem Auslaufen der DSD- Leistungsverträge die DSD- Leistungen weiter erbringen. Zu begründen sei dies mit ökologischen und gebührenrechtlichen Erwägungen. Bislang sei die Notwendigkeit der Gründung der „Entsorgung Bergisch Gladbach GmbH“ aber nicht hinreichend belegt worden. Aus Sicht der SPD Fraktion handele es sich um eine Lohndumpinggesellschaft, die ihre Konkurrenzfähigkeit über die Zahlung niedrigerer Löhne erhalten solle. Der Gründung einer solchen Gesellschaft könne nur dann zugestimmt werden, wenn es für die Stadt überhaupt keine andere Möglichkeit gebe, die Leistungen aus dem DSD weiter zu erbringen. Bislang habe die Verwaltung umfangreiche Fragen der SPD- Fraktion nicht beantwortet. Zudem bestehe offensichtlich zwischen der Leitung des Abfallwirtschaftsbetriebes und dessen Belegschaft nur ein geringer Informationsfluß, was die Angelegenheit betreffe. Der Personalrat habe daher einige Fragen an die Bürgermeisterin gerichtet, deren Beantwortung auch für die SPD- Fraktion von Relevanz sei. Auch hier lägen bislang keine Antworten vor.

Für Herrn Krämer stellt die zur Debatte stehende Entscheidung die letzte Möglichkeit für die Stadt dar, im Bereich des DSD noch mitreden zu können. Werde die GmbH nicht gegründet, begeben sich die Stadt in die Hände monopolistischer Strukturen. Dann könnten den Bürgern künftig nur noch die Höhe der für den DSD- Service zu entrichtenden Gebühren mitgeteilt werden. Da die Angelegenheit künftig europaweit auszuschreiben sei, müsse die Stadt über eine Gesellschaft verfügen, die mitbieten könne. Der hiermit zusammenhängenden Probleme seien sich alle Fraktionen bewußt. Die Beantwortung der von der SPD- Fraktion gestellten Fragen sei vom Fachausschuß bis zu dessen nächster Sitzung zugesichert worden. Diese Zeitspanne sei aufgrund deren Komplexität notwendig.

Vor dem Hintergrund der heute anstehenden Entscheidungen bewertet es Herr Ziffus als positiv, daß der Abfallwirtschaftsbetrieb in städtischer Hand geblieben ist und nicht privatisiert wurde. Die Gründung der GmbH eröffne allerdings die Möglichkeit, den für die künftigen Mitarbeiter wesentlich ungünstigeren Tarifvertrag der Entsorgungswirtschaft anzuwenden. Er bedauert, daß die Gewerkschaften eine Vertragsgestaltung, die wesentlich niedrigere Löhne ermögliche, zugelassen haben. Dennoch sehe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN keine andere Möglichkeit als zuzustimmen, um dem städtischen Abfallwirtschaftsbetrieb die Beauftragung im Bereich des DSD zu erhalten. Er bittet darum, über die Geschäftslage der GmbH künftig in einem halbjährlichen Abstand einen Bericht vorzulegen.

Herr Fischer führt aus, daß der Stadt die Privatisierung dieses Geschäftsfeldes von außen aufgedrängt werde. Daher sei die GmbH zu gründen, um mittelfristig nicht die Arbeitsplätze in diesem Bereich zu gefährden.

Herr Freese weist darauf hin, daß nach der Geschäftsordnung Anfragen der Fraktionen bzw. Ratsmitglieder innerhalb von 14 Tagen zu beantworten seien. Die SPD-Fraktion mache ihre Zustimmung von der Beantwortung der von ihr gestellten Fragen abhängig. Sie habe im Vorfeld Gespräche mit Vertretern des Personalrates und der ÖTV geführt. Hier seien Fragen aufgeworfen worden, deren Beantwortung für eine Entscheidung von außerordentlicher Wichtigkeit seien. Es bestehe die Möglichkeit, die Entscheidung zu vertagen. Möglich sei auch eine Beschlußfassung vorbehaltlich der Zustimmung der SPD-Fraktion im Fachausschuß. Auch die setze allerdings die Beantwortung der Fragen voraus.

Stadtbaurat Schmickler merkt an, daß der heutige Beschluß es lediglich ermögliche, Vorbereitungen zu treffen. Die eigentliche Gründung müsse nochmals Gegenstand von Beratungen und Entscheidungen in den politischen Gremien sein. Insoweit sei Zeit, anstehende Detailfragen zu klären. Der Abfallwirtschaftsbetrieb könne sich neuen Rahmenbedingungen nicht entziehen. Die angesprochenen tariflichen Einbußen bestünden in der Tat. Allerdings ließen sich diese nicht alleine dadurch auffangen, daß für den städtischen Abfallwirtschaftsbetrieb nicht der Zwang bestehe, Gewinne zu erwirtschaften. Auf der anderen Seite handele es sich bei den kritisierten privatwirtschaftlichen Tarifen um solche, die mit der Gewerkschaft ausgehandelt wurden. Zuletzt bestehe keine Gewähr dafür, daß die zu gründende GmbH die Ausschreibung gewinne.

Sodann faßt der Rat bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion einstimmig folgenden **Beschluß**:

- 1. Die Ausführungen zur derzeitigen Situation der DSD-Leistungsverträge werden zur Kenntnis genommen.**
- 2. Der Abfallwirtschaftsbetrieb wird beauftragt, die Gründung der „Entsorgung Bergisch Gladbach GmbH“ vorzubereiten.**

18. Anfragen der Ratsmitglieder

- 1. Anfrage zur Unterstützung des Entschädigungsfonds durch Bergisch Gladbacher**

Firmen

Herr Thannisch fragt an, ob sich Bergisch Gladbacher Firmen, insbesondere Zanders und G&H Isover, inzwischen an dem Entschädigungsfonds für ehemalige NS- Zwangsarbeiter beteiligt hätten.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß ihr hierüber keine Information vorlägen. Der Stand sei heute noch der gleiche wie vor ein paar Monaten, als sie in dieser Angelegenheit mit den Firmen Kontakt aufgenommen habe.

2. Anfragen zur Verlegung des Busbahnhofes in der Stadtmitte sowie zu rechtsradikalen Schmierereien

- a) Frau Hammelrath fragt an, wie die Verwaltung den zeitlichen Rahmen hinsichtlich der Verlegung des Busbahnhofes in der Stadtmitte beurteile. Gehe sie davon aus, daß sich der Busbahnhof fristgerecht verlegen lasse, oder habe sie für den gegenteiligen Fall bereits Gespräche aufgenommen mit dem Ziel, ein Entgegenkommen zu erreichen.
- b) Danach weist sie darauf hin, daß das Bürgermeisterbüro durch einen Bürger auf rechtsradikale Schmierereien in der Schloßgarage in Bensberg aufmerksam gemacht worden sei. Eine Reaktion hierauf habe es jedoch nicht gegeben. Vor allem seien die Schmierereien nicht so schnell wie früher beseitigt worden.

Bürgermeisterin Opladen antwortet zu b), daß der betreffende Bürger heute seine Antwort erhalten habe und die Schmierereien inzwischen beseitigt wurden.

3. Anfragen zur Autobahnausfahrt Brück/Refrath sowie zur Überwachung der Straßenzustände im Stadtgebiet von Bergisch Gladbach

- a) Herr Hoffstadt merkt an, daß sich der Bereich der Autobahnausfahrt Brück/Refrath derzeit in einem sehr ungepflegten Zustand befinde. Hier sei es dringend notwendig, Bäume und Sträucher zurückzuschneiden. Letztere wüchsen zum Teil bereits aus dem Rinnstein heraus. Er bittet darum, mit dem Träger der Straßenbaulast Kontakt aufzunehmen, damit dieser unverzüglich entsprechende Maßnahmen einleitet.
- b) Danach weist er darauf hin, daß im Bereich der Straße Wickenpfädchen erhebliche Straßenschäden vorliegen. Die Pflasterung der Bürgersteige seien inzwischen 21 Jahre alt und durch Verschleiß bzw. Baumwuchs stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Es existierten Stolperstellen, die eine allgemeine Gefahr seien. Er bittet darum, unverzüglich Reparaturmaßnahmen einzuleiten, damit wenigstens die Gefahrenstellen beseitigt werden. In diesem Zusammenhang fragt er an, inwieweit die Verwaltung allgemein die

Straßenzustände in Bergisch Gladbach überwacht. Konkret möchte er wissen, wie die Schäden aufgenommen und in welcher Reihenfolge sie beseitigt werden.

4. Anfragen zu einem Eiskiosk in Bereich der Fußgängerzone Stadtmitte, zum Bauvorhaben Gierather Mühlenweg 24, zu einer Liste von 44 Einplanungen im Bereich des Schienenverkehrs und zur Überprüfung der Gesellschafterverträge

Herr Freese stellt folgende Anfragen:

- a) Zunächst weist er auf die Errichtung des Eiskioskes im Bereich der Fußgängerzone/Hauptstraße 175 hin, der von der Verwaltung als Schwarzbau qualifiziert worden sei. Er fragt an, was hier unternommen wurde und wird. Er merkt in dem Zusammenhang an, daß es sich bei der Fläche, auf der der Kiosk stehe, seines Wissens nach um eine städtische handele. Insgesamt dürfe im unteren Bereich des Grundstückes kein Verzehrzwang bestehen.
- b) Danach geht er auf das Bauvorhaben Gierather Mühlenweg 24 ein. Hierzu sei im Rahmen der Diskussion über eine Anregung nach § 24 GO NW im Ausschuß für Anregung und Beschwerden am 14.06.2000 ausgeführt worden, es lägen keine bzw. keine fristgerecht eingereichten Nachbarwidersprüche vor. Er habe Kenntnis von einem anwaltlichen Schreiben, daß ein solcher Nachbarwiderspruch unter dem 12.05.2000 eingereicht wurde. Der Eingang sei von der Bauaufsicht schriftlich bestätigt worden. Er wollte wissen, wie in dieser Angelegenheit weiter verfahren wird.
- c) Danach verweist er auf die im Hauptausschuß am 05.09.2000 erfolgte Diskussion zu einem Eilantrag der SPD Fraktion. Dieser habe eine Beschleunigung des Bauleitplanverfahrens im Bereich des S-Bahnhofes gefordert, damit Fördergelder in Düsseldorf abgerufen werden können. Während der Diskussion sei von ihm eine Liste mit insgesamt 44 Einplanungen im Bereich des Schienenverkehrs angesprochen worden. Er wollte wissen, ob Bürgermeisterin Opladen diese Liste tatsächlich nicht bekannt ist.
- d) Zuletzt möchte er wissen, ob die Überprüfung der Gesellschafterverträge auch für die neugegründete Stadtbusgesellschaft gelte.

Letzteres wird durch Bürgermeisterin Opladen bestätigt.

5. Anfragen zu Grundeigentumsverhältnissen im Bereich des künftigen Gewerbegebietes Spitze und zur Verwendung der finanziellen Mittel des Stadtverbandes für Entwicklungszusammenarbeit

- a) Herr Ziffus merkt an, daß die katholische Kirche seines Wissens nach im Bereich des geplanten Gewerbegebietes Spitze und südlich daran angrenzend über Grundeigentum verfüge. Die Kirche habe jedoch kein Interesse an einer gewerblichen Nutzung, sondern wolle dort vielmehr die landwirtschaftliche beibehalten. Er möchte wissen, ob diese Informationen der Richtigkeit

entsprechen.

- b) Danach merkt er an, daß 1500,00 DM der dem Stadtverband für Entwicklungszusammenarbeit gewährten Mittel an den Arbeitskreis Eine Welt in Kürten überwiesen würde. Er möchte wissen, ob die Gemeinde Kürten keinen Anteil an den vom Land gewährten Fördermitteln habe und aufgrund dessen ein solcher Geldfluß notwendig sei. In der Konsequenz habe die Stadt dem Arbeitskreis in Schildgen aus eigenen Mitteln 1500,00 DM zur Verfügung stellen müssen. Er möchte wissen, ob diese Handhabung gerechtfertigt ist.

6. Anfrage zu den Buslinien 453 und 454 im Bereich Bärbroich/Oberkülheim

Herr Sacher weist darauf hin, daß es vor etwa 3 ½ Monaten eine schriftliche Beschwerde der Bürger von Bärbroich und Oberkülheim wegen der Linienführung der Buslinien 453 und 454 gegeben habe. Er möchte wissen, ob mit Blick auf den nahenden Winter inzwischen Veränderungen geplant seien. Eine denkbare Lösung zur Entspannung der Situation sei es, wenn abends jeweils der letzte Bus der Linie 454 nach Oberkülheim fahre und morgens der erste Bus der gleichen Linie von Oberkülheim nach Bergisch Gladbach.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß die Angelegenheit in der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrates der Stadtverkehrsgesellschaft erörtert wurde. Das Anliegen sei von Herrn Freese, Herrn Waldschmidt und Herrn Cüpper vorgetragen worden. Der Geschäftsführer, Herr Becher, überlege derzeit Veränderungen, die den Wünschen der Bürger Rechnung trügen.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung und unterbricht für 5 Minuten.